Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 11 (1931-1932)
Heft: 5-6

Artikel: Korporative Ordnung? : Betrachtungen zur vierten schweizerischen freisinnigen Akademikertagung vom 27. und 28. Juni 1931 in Solothurn
Autor: Tobler, Robert
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-157387

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Übertragung einer Gesetzgebungs- oder Verwaltungsaufgabe aus dem volksnahen Kreise der kantonalen Autonomie auf das weite, schwer zu überblickende Feld des Zentralstaates eine Schwächung unserer politischen Lebenskraft zur Folge hat. Beim Strafrecht ergibt sich die Stellungnahme um so klarer, als es sich hier einerseits um eines der wenigen wichtigen Gebiete handelt, auf dem sich die kantonale Staatshoheit noch betätigen kann, und andererseits auch die Anhänger des neuen Rechts keinen stichhaltigen Grund dafür anzugeben vermögen, weshalb eine Vereinheitlichung notwendig wäre.

Es ist eine der letzten auslaufenden Wellen des doktrinären Zentralismus, der nur in der Vereinheitlichung das Heil sah, mit der wir es zu tun haben; hoffen wir, daß sie sich am gesunden politischen Sinn unseres Volkes zerschlägt.

Korporative Ordnung?

(Betrachtungen zur vierten schweizerischen freisinnigen Akademikertagung vom 27. und 28. Juni 1931 in Solothurn.)

Von **Robert Tobler**, Zürich.

1.

Das Problem der korporativen Ordnung in Staat und Wirtschaft beginnt allmählich auch in der Schweiz weitere Kreise zu interessieren. Erst war es ein Reservat gewisser katholischer Gruppen des welschen Sprachgebietes gewesen, die sich um die vom Secretariat des Corporations in Freiburg herausgegebenen „Cahiers de la Corporation" zusammengeschlossen hatten, und für deren Ideen in der deutschen Schweiz vornehmlich Dr. Jakob Lorenz mit seinen Aufsätzen in der „Schweizerischen Rundschau" warb [1]). Diese Bewegung hat durch die neue päpstliche Enzyklika „Quadragesimo anno" ihre Legitimation und mächtigen Auftrieb erfahren. Sie blieb indessen nicht die einzige, die in der Schweiz den Gedanken korporativer Organisation propagiert. Der vierten schweizerischen freisinnigen Akademikertagung, die am 27. und 28. Juni in Solothurn „sich darüber äußern und Vorschläge machen sollte, wie die junge akademische Generation an der Behebung der Wirtschaftskrise und am Aufbau unseres Wirtschaftslebens mitzuarbeiten gedenkt", war von der Zürcher politischen Gruppe „Neue Front" ein „Manifest der Korporativen" [2]) unterbreitet worden, das zum Mittel-

[1]) Wege zum korporativen Aufbau, im Januar-Heft 1931, Utopie und Wirklichkeit, im April-Heft 1931.

[2]) Erschienen in der Juni-Nummer des „Zürcher Student", Verlag Müller, Werder & Co., Wolfbachstraße 19, Zürich.

punkt einer großen unvorhergesehenen Aussprache über das korporative System wurde, die der ganzen Tagung ihr charakteristisches Gepräge gab.

Die Auseinandersetzung mit den korporativen Ideen erfolgt auf immer weiterer Grundlage. Noch vor wenigen Jahren war in der breitern Öffentlichkeit lediglich vom Korporativsystem des Faschismus und noch etwa von der Gesellschafts- und Staatslehre von Othmar Spann[3]) die Rede. Heute erhebt der korporative Gedanke, nunmehr in verschiedenen Ländern und zahlreichen Spielarten entwickelt, Anspruch darauf, als Gesellschafts-, Staats- und Wirtschaftslehre des 20. Jahrhunderts den beiden großen Antipoden des 19. Jahrhunderts, Liberalismus und Marxismus, selbständig gegenübergestellt zu werden. Die Schweiz wird sich dieser Auseinandersetzung nicht entziehen können. Weder Grenzen noch Tradition vermögen neuen Ideen Einhalt zu gebieten. Art der Auseinandersetzung und Verwirklichung der Idee sind dagegen durch die nationale Struktur eines jeden Landes bedingt. In dieser Hinsicht vermag die Solothurner Diskussion wertvolle Aufschlüsse zu geben.

Zunächst ein Wort über die Träger des korporativen Gedankens, die „Neue Front", und das Forum, auf welchem der erste Gang um diese Ideen ausgefochten wurde, die freisinnigen Akademikertagungen.

Der Vorstoß zugunsten der korporativen Ideen erfolgte nicht aus der Mitte der freisinnigen Partei, wiewohl auch innerhalb derselben von einigen Nationalräten, die Gewerbekreisen nahestehen, in jüngster Zeit einzelne korporative Gedanken und Postulate vertreten werden. Für die korporative Idee focht in Solothurn vielmehr eine von der Partei völlig unabhängige Zürcher Gruppe, deren Mitglieder jedoch vorwiegend aus freisinnigen Kreisen stammen, und die sich anläßlich der dritten Akademikertagung im Juni 1930 in Luzern zusammengeschlossen hatten, um in gemeinsamer Aussprache die politischen Ideen der jungen Generation zu klären und als Gruppe geschlossen für diese einzutreten, ihnen so den notwendigen Nachdruck zu verschaffen. Vor Jahresfrist habe ich in dieser Zeitschrift, im Juli-Heft 1930, unter dem Titel „Die neue Front" über die Aktion dieser Zürcher Studentengruppe berichtet. Der Titel jenes Aufsatzes ist der damit bezeichneten Gruppe Name und Symbol geworden. Er kennzeichnet ihre

[3]) Wer sich über die Lehren Spanns und seine Schule näher zu orientieren wünscht, benütze: Spann, Der wahre Staat, 2. Aufl. 1923, 313 Seiten, Verlag Quelle & Meyer, Leipzig, ferner die von Spann herausgegebene neue Zeitschrift: Ständisches Leben, erschienen im Erneuerungsverlag, Berlin-Wilmersdorf, Berlinerstr. 6—7, sowie die vom selben Verlag publizierten billigen Hefte „Bücherei des Ständestaates". Daselbst erschien auch von P.-D. Dr. Walter Heinrich: Die Staats- und Wirtschaftsverfassung des Faschismus, 84 S., 1929, Neuauflage in Vorbereitung.

Einen eigenartigen, interessanten, wenn auch für schweizerische Verhältnisse nicht brauchbaren Entwurf einer korporativen Staatsordnung enthält die jüngste Schrift des Philosophen Leopold Ziegler, Fünfundzwanzig Sätze vom deutschen Staat, 72 S., Otto Reichel Verlag, Darmstadt, 1931, insbesondere im 20. bis 25. Satze.

Stellungnahme zu Staat, Partei und sozialen Fragen, die eine neue Front im politischen Kampfe bedingt. Diese kann in den bekannten Gegensatz rechts-links nicht eingeordnet werden, sondern steht senkrecht zu ihm und durchschneidet ihn auf der ganzen Länge. Damals, in Luzern, galt der Vorstoß dieser Gruppe vor allem einer zeitgemäßen Umgestaltung unserer Demokratie durch Konzentration auf ihre wesentlichen Elemente und Beseitigung aller überalterten, leeren und hemmenden Formen, d. h. durch die Beschränkung des Stimmrechts auf grundsätzliche Entscheidungen und des Wahlrechts auf solche Fälle, in denen der Wähler über die Befähigung des Wahlkandidaten sich ein selbständiges Urteil bilden kann. Man wollte statt bloßer Formen wiederum den Menschen, die gestaltende Persönlichkeit in den Vordergrund gerückt wissen. Mehr Verantwortung, mehr Vertrauen, war die Losung. Diese Forderungen stießen mancherorts auf harten Widerstand. „Komm' Knabe, lern dies Volk der Hirten kennen", so polemisierte maliziös ein Luzernerblatt. Trotzdem hat der Gedanke der „konzentrierten Demokratie" in der öffentlichen Diskussion seither sich viele Freunde gewonnen.

Die Luzerner Aktion war ein schöner Anfang gewesen. Man war auf diesen eigenwilligen Versuch, neue Wege zu gehen, aufmerksam geworden. Die Luzerner Tagung hatte zwar zu den aufgeworfenen Fragen nicht ausdrücklich Stellung genommen, sie wurden aber vor allem in den Kreisen der „Liberalen Jugend" weiterhin besprochen. Die Zürcher Gruppe, von der die Diskussion ausgegangen war, erhielt dadurch neuen Auftrieb. Aus dem namenlosen Kreise Gleichgesinnter wurde die „Neue Front". Diese konsolidierte sich ideell und organisatorisch und versuchte durch Teilnahme an den Veranstaltungen der verschiedensten Parteien öffentlich für ihre Ideen zu wirken. Zu der ursprünglich rein akademischen, vorwiegend freisinnigen Gruppe gesellten sich in der Folge auch Angehörige anderer Volkskreise und Parteien. Die tiefe Sehnsucht der jungen Akademiker, aus dem engen Kreise herauszutreten, in den ihr Studium sie zwingt, und wirklich Teil des Volkes zu sein, begünstigte diese Entwicklung. Das Ergebnis haben die akademischen Vertreter der „Neuen Front", soweit es wirtschaftspolitische Fragen betraf, in ihrem Manifest in Solothurn der Öffentlichkeit vorgelegt. Daß dieses aus gemeinsamen Aussprachen mit Nichtakademikern entstand, verleiht ihm als Zeitdokument besonderen Wert.

Den Organisatoren der freisinnigen Akademikertagungen muß eines zugebilligt werden: ihre Tagungen waren bisher alles andere als ausgesprochene Parteiveranstaltungen. Es hat nicht an Versuchen gefehlt, sie zu solchen zu machen. Aber alle, die glaubten, nun Parteijugend aufmarschieren zu sehen, die nichts sehnlicher wünscht, als wieder einmal die alten Programme zu beschwören und die Partei hochleben zu lassen, die hatten sich noch jedesmal gründlich getäuscht. Die Jungen wissen diese Gelegenheit zur Aussprache mit den Alten wohl zu schätzen. Sie wissen aber auch, daß eine solche nur dann einen Sinn hat, wenn sie in rücksichtsloser

Offenheit geführt werden kann und durch keinerlei Parteiinteressen gebunden wird.

Aussprache der Generationen, das war das Losungswort, welches die „Neue Front" an der Universität Zürich und Eidgenössischen Technischen Hochschule für die Beteiligung an der Solothurner Tagung ausgegeben hatte und auf fruchtbaren Boden fiel. Zürich stellte unter allen Hochschulen weitaus die meisten Versammlungsteilnehmer. In der Juni-Nummer des „Zürcher Student", dem offiziellen Organ der Studentenschaften beider Hochschulen, wurde versucht, in einem Querschnitt Typisches aus dem politischen Denken der jungen Generation zur Darstellung zu bringen. Unter diesen Veröffentlichungen findet sich auch das bereits genannte, zuhanden der Solothurner Tagung von der „Neuen Front" ausgearbeitete „Manifest der Korporativen". (Vergl. Anmerkung 2.)

2.

Eine Einführung in die korporativen Ideen wird wesentlich erleichtert, wenn nicht theoretisch ausgeklügelte Ziele und Endformen eines korporativen Systems zum Ausgangspunkt der Betrachtung gemacht werden, sondern die realen wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten, die heute der jungen Generation den Weg nach dieser Richtung weisen. Davon zuerst. Erst hernach will ich auf die weltanschaulichen Grundlagen eintreten, die über die einzelnen korporativen Organisationsversuche hinaus zur korporativen Idee führen, und die uns erst viel später bewußt wurden, als der Weg zur korporativen Gestaltung längst eingeschlagen worden war.

Den ersten Schritt zur korporativen Teilorganisation hat die Wirtschaft getan, lange bevor Politik und Theorie ihr folgten. Sie ist in einem Maße Verbandswirtschaft geworden, wie es sich die Schöpfer der liberalen Wirtschaftstheorien wohl nie träumen ließen. Es war die ungeheure Anspannung durch die schrankenlose Konkurrenz und die damit verbundene Gefährdung der wirtschaftlich Schwächeren, die mächtige Schutz- und Trutzverbände entstehen ließ, die heute weite Wirtschaftsgebiete gefährlich beherrschen: Trusts und Kartelle, Handels- und Industrievereine, Gewerbe- und Bauernverbände, zahlreiche Gewerkschaften und Genossenschaften. Diese Verbände sind zur Hauptsache Kampfverbände, die allein ihre speziellen Ziele verfolgen. Wirtschaft und Volk sind darob in Gruppen gespalten und wir sorgen uns darum, ob sie in dieser Zerrissenheit den steigenden Anforderungen der gegenwärtigen Depression, und dem immer stärkeren Drucke, der vom Auslande auf sie ausgeübt wird, auf die Dauer zu widerstehen vermögen. „Darum," so sagt das Manifest der Korporativen, „sehen wir die Aufgabe unserer Zeit darin, aus diesen rein negativen Abwehr- und Interessentenorganisationen fruchtbare, positiv in der Gemeinschaft wirksame und organisch sich einordnende Verbände zu machen." Diese Aufgabe kann aber von einer Anschauung aus, die das Individuum über die Gemeinschaft stellt, nie gelöst werden.

Wirtschaftsfragen können heute nicht mehr ausschließlich auf nationalem, sondern müssen auch auf internationalem Boden gelöst werden. Vermag eine nationale korporative Ordnung überhaupt noch etwas zu helfen? Gewiß. Gerade um internationale Probleme lösen zu können, muß auch im Bereiche der Wirtschaft, wie in jenem des Staates, zuerst eine nationale Organisation geschaffen werden, die es ermöglicht, die von einem internationalen Gesichtspunkt aus notwendig erscheinenden Maßnahmen innerhalb unseres Landes überhaupt durchzuführen. Es gilt das Lebensgut unseres Volkes, seine Wirtschaft, gegen die Angriffe, der sie ausgesetzt ist, planmäßig zu verteidigen. Wir dürfen die Sorge um das Schicksal unserer Wirtschaft nicht den willkürlichen Maßnahmen Einzelner überlassen, denn jedes Stück Individualwirtschaft ist zugleich ein Stück Volkswirtschaft.

Zu diesen wirtschaftlichen Bestrebungen gesellen sich politische. Der Liberalismus überließ die Wirtschaft sich selbst. In der Folge wandten sich die unter seiner Herrschaft von der entfesselten Wirtschaft bedrängten Kreise von der alten, vornehmlich weltanschaulich orientierten Partei ab und bildeten auch politisch ihre eigenen, auf wirtschaftlicher Basis errichteten Verbände, die Arbeiter-, Bauern- und Gewerbeparteien. Die Erfahrung lehrt, daß nicht allein weltanschauliche Programme, sondern ebenso gemeinsame wirtschaftliche Sorgen zur Parteiung führen und berücksichtigt werden müssen, wenn eine Partei sich nicht auf die Vertretung besonderer Wirtschaftsgruppen beschränken oder in solche aufsplittern soll. Die korporative Organisation bietet nun den Parteien die Möglichkeit, der zwangsläufigen Beschränkung auf bestimmte Wirtschaftskreise zu entgehen, in die sie beinahe alle mehr oder weniger geraten sind, und zwar dadurch, daß die korporative Ordnung die berufsständischen Kräfte sich in ihren eigenen Organen auswirken läßt, durch die sie ihre besonderen Aufgaben zu erfüllen vermögen. So wird den berufsständischen Elementen innerhalb der Partei ihre separatistische Tendenz genommen und ihre Unterstellung unter ein gemeinsames weltanschauliches Ziel erst möglich. Schon allein aus dieser Überlegung heraus erscheint es verständlich, daß die heute wohl noch am wenigsten verwirtschaftlichte Partei der schweizerischen Katholiken sich zuerst für den korporativen Gedanken einsetzte. Ebenso wird der Freisinn diesen Weg beschreiten müssen, wenn der Wille, Volkspartei zu sein, nicht Phrase bleiben und der zum mindesten in Zürich sichtbaren Entwicklung zur Partei der selbständig Erwerbenden ein Ende gemacht werden soll. Indessen wird die Übernahme korporativer Ideen dem Freisinn bedeutend schwerer fallen, da die berufsständische Ordnung der katholischen Gedankenwelt um ihrer Beziehung zum Mittelalter willen viel näher steht, als den rationalistisch-individualistischen Anschauungen des Liberalismus.

Theoretisch können korporative Organisationsformen den verschiedenartigsten Verhältnissen brauchbar gemacht und recht mannigfach ausgestaltet werden. Insbesondere ist ihr Aufbau auf demokratisch-genossenschaftlicher

Grundlage ebensowohl möglich, wie er in Italien mit diktatorischer Spitze Verwirklichung fand. Indessen sind es aber doch ganz bestimmte politische Grundanschauungen, die erst die einzelnen korporativen Organisationsversuche zum Gesamtbild einer organischen korporativen Ordnung runden und ihr das besondere Gepräge verleihen. Eine bloße Übernahme einzelner Elemente der korporativen Organisation durch unsere gegenwärtigen Wirtschaftsparteien, ohne eine gleichzeitige tiefe Wandlung der Gesinnung, brächte nur eine fruchtlose mechanistische Scheinlösung.

Wo überall die korporative Ordnung heute gefordert wird, geschieht dies aus einer doppelten Abwehrstellung gegen die beiden bedeutendsten Wirtschafts- und Staatsauffassungen des vergangenen Jahrhunderts, gegenüber der liberalen einerseits, und der sozialistischen in ihrer letzten marxistischen Prägung anderseits. Beide, so sagen die Korporativen, sind Kinder desselben individualistisch-rationalistischen Geistes. Ihrem unaufhörlichen Ringen, dem Klassenkampf, kann nur von einer neuen, auf ganz anderen Grundlagen basierenden Anschauung aus ein Ende gemacht werden. Diese Basis, die „Wirtschaftsgesinnung" der Anhänger der korporativen Ordnung, ein bedeutsames Hauptstück ihrer politischen Grundanschauungen, glaube ich hier am besten im Wortlaut des mehrfach erwähnten Manifestes mitzuteilen:

„Das politische und gesellschaftliche Denken der jungen Generation steht heute im Zeichen der Gemeinschaft. Gemeinschaft suchen jene, denen unsere Hochschulen nicht mehr genügen, die in eifriger Diskussion des „Universitasproblems" von der Hochschule eine neue Einheit über alle Spezialwissenschaft hinweg verlangen. Gemeinschaft wollen die vielen politischen Gruppen, die sich auf nationalem Boden gegen den Kampf der Klassen, auf internationalem gegen den Kampf der Völker wenden und sich gegen unsere ganze Zerrissenheit und Gespaltenheit zu erwehren suchen. Das Wort Gemeinschaft haben selbst jene zur Parole erhoben, die sie auf dem Wege des Sieges einer Klasse über alle andern zu verwirklichen hoffen. Gemeinschaft ist uns zum Ziel und Symbol geworden, im Gegensatz zu den individualistisch orientierten Generationen des letzten Jahrhunderts, die alle durch das Wort „Freiheit" charakterisiert wurden. Die Gegenbewegung wider den Geist des 19. Jahrhunderts ist da. Der Individualismus als politische Parole ist tot, als Tatsache allerdings lebt er weiter.

„Gemeinschaft haben auch andere Bewegungen vor uns gesucht, die ihre Impulse in derselben Reaktion gegen das entfesselte Individuum, gegen eine entfesselte Wirtschaft fanden. Wir denken an die Arbeiter-, Bauern- und andere Organisationen. Doch in zweifacher Beziehung unterscheidet sich unser Ziel von jenen: in unserem Streben nach der umfassenden Volksgemeinschaft einerseits, an Stelle der partikulären Verbände und in der Forderung nach organischer, hierarchischer Gliederung, nach Ein- und Unterordnung der Ge-

meinschaftsglieder andererseits, an Stelle der bloßen Koordination derselben.

„Das Zeitalter, welches das Wort „Freiheit" zu seinem Idol machte, bedurfte auch der Fiktion der Gleichheit der Menschen. Ohne diese wäre es nicht verborgen geblieben, daß die vermeintliche Freiheit rasch zur Unfreiheit, das heißt zur Unterdrückung der Schwachen durch die Starken, der Anständigen durch die Rücksichtslosen, der Besitzlosen durch die Besitzenden führen mußte. Gleichheit und Freiheit widerstrebt aber einer organischen Entwicklung einer Gemeinschaft, in der nicht alle Glieder zugleich Kopf sein können. Deshalb verwerfen wir die alten Schlagworte. Wir verlangen Anerkennung des Eliteprinzips und Raum für verantwortungsbewußte Führer in der Gemeinschaft.

„Wir glauben an die schöpferische Kraft der Persönlichkeit und begrüßen daher auch in der Wirtschaft ein starkes, selbständiges Führer- und Unternehmertum. Doch nicht der Profit, sondern allein das Bewußtsein, der Volksgemeinschaft zu dienen, rechtfertigt seine Stellung. Statt der alleinigen Verantwortung gegenüber dem Besitz fordern wir Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft. Diese aber ist die Nation. Heute, da Führung und Kapitalbesitz innerhalb einer Unternehmung sich immer seltener in einer Person vereinigt finden, scheint uns ein solches Unternehmer-Ethos als gerechtfertigt."

Wie diese Grundanschauungen, die auf wirtschaftspolitischem Gebiete nach korporativer Organisation der Kräfte rufen, im übrigen Bereiche des Staates sich auswirken, das kann hier nur angedeutet werden. Charakteristisch ist das Bestreben, dem Menschen, der sich heute fast auf allen Lebensgebieten in endlosen Weiten und chaotischem Streit der Meinungen verloren fühlt, wiederum feste Haltepunkte und Bindungen zu geben, die er zusehends verloren hat. Daher der Ruf nach hierarchischer Gliederung, persönlicher Verantwortung und sichtbarer Führung im Bereiche des Staates, wie der Wirtschaft. Daher die Radizierung alles Erlebens auf die Erde des eigenen Landes, auf die Nation und die Ablehnung aller verschwommenen Internationalismen, bei gleichzeitiger Bereitschaft zur Eingliederung des eigenen Staates in einen höheren Verband.

Damit dürfte wohl klargestellt sein, daß die korporative Ordnung sich keineswegs in materialistisch-mechanistischen Vorschlägen zur Wirtschaftsregulierung erschöpft und ihr jegliches ethisch-kulturelle Moment fehle, wie dies von ihren Gegnern behauptet wird.

3.

Wie weit wurden diese Wege zum korporativen Aufbau beschritten, welche konkreten Forderungen an der Solothurner Tagung von den Korporativen erhoben?

Das Problem des reinen Korporativstaates wurde nicht gestellt. Man mag dies als Mangel empfunden haben. Die Vertreter der korporativen Ordnung taten gut daran. Und zwar aus zwei Gründen. Einmal war die Mehrzahl der Teilnehmer der Solothurner Tagung mit dem Problem des Korporativstaates so wenig vertraut, daß eine diesbezügliche Aussprache gänzlich fruchtlos geblieben wäre. Überdies kommt aber meines Erachtens eine *rein* korporative Staatsorganisation für die Schweiz mit ihrer vielfachen regionalen, sprachlichen, konfessionellen und berufsständischen Gliederung überhaupt nicht in Frage. Es war daher durchaus angebracht, sich mit der Klarstellung der Probleme und Überlegungen zu bescheiden, welche zur korporativen Ordnung führen, und sich mit einem knappen prinzipiellen Hinweis darauf zu begnügen, wie aus den bestehenden Verhältnissen heraus wenigstens die Anfänge einer fruchtbaren korporativen Organisation geschaffen werden könnten. Das war aufrichtiger und schweizerischer. Die Probleme konnten ohnehin in diesen zwei Tagen nur aufgeworfen, nicht zu Ende diskutiert werden.

Wie soll nun die notwendige Einordnung der Verbände in die Gemeinschaft durchgeführt werden, ohne daß dadurch die unentbehrliche schöpferische Unternehmertätigkeit gehemmt wird? Hier liegt die Schwierigkeit und zugleich der prinzipielle Unterschied zwischen korporativer und marxistischer Wirtschaftsgestaltung.

Organisation soll eine Körperschaft beleben. Darum muß sie aus der zu organisierenden Körperschaft, aus der Wirtschaft selbst herauswachsen, und darf ihr nicht von außen durch einen wesensfremden bureaukratischen Apparat aufgepfropft werden. Durch eine Kopie des parlamentarischen Systems allein würde noch keine brauchbare Organisation der Wirtschaft geschaffen. Wesentlich erscheint uns eine Trennung der Aufgaben der *Wirtschaftsführung*, d. h. der Unternehmertätigkeit, von jenen der Verbandstätigkeit, dem eigentlichen Gebiet der *Wirtschaftsdemokratie*. Führung wird auch in der Wirtschaft immer eine Aufgabe weniger Einzelner sein. Eine Belegschaft als solche wird das Unternehmen, in dem sie arbeitet, selbst nie leiten können. Ihre organischen Aufgaben im Getriebe der Wirtschaft, um derentwillen sie anerkannt werden muß, liegen auf ganz anderen Gebieten. Mit Rücksicht auf die übrigen Wirtschaftszweige kann aber auch die Tätigkeit des einzelnen Unternehmers oder gar der Unternehmergruppen einer gewissen Planmäßigkeit nicht entbehren. Deshalb erscheint uns der Ausbau der Organisation unserer Wirtschaft nach zwei Richtungen wünschenswert, hinsichtlich der Wirtschaftsleitung, wie zur Lösung der sozialen Fragen, und ebenso auf zwei getrennten Stufen, für die einzelnen Wirtschaftszweige, wie für das ganze Land.

Innerhalb der einzelnen Wirtschaftszweige erscheint uns daher eine Organisation der wirtschaftlichen Leitung nötig, welche den beteiligten Sachverständigen, d. h. den Unternehmern überlassen würde. Einer Organisation, welche dagegen Arbeitgeber wie Arbeitnehmer umfaßt, soll die Rege-

lung zahlreicher sozialer Fragen innerhalb ihres Wirtschaftszweiges überlassen werden. Das ist das Gebiet der sogenannten Wirtschaftsdemokratie. Hier gilt es, die Arbeitnehmerorganisationen zur positiven Mitarbeit an der Wirtschaft heranzuziehen, indem ihnen weitgehende Autonomie und selbständige Funktionen in Personalfragen, Berufsausbildung, Berufsqualifikation, Fürsorge, Versicherung u. s. w. zugestanden werden.

In einem zentralen schweizerischen Wirtschaftsrat sollen diese Teilverbände zusammengefaßt und die Fragen entschieden werden, welche für die Gesamtwirtschaft des Volkes von Bedeutung sind, sowie solche, die auf der Unterstufe nicht entschieden werden konnten oder gegen deren Entscheidung von betroffenen Dritten, zum Beispiel Konsumenten-Organisationen, Beschwerde erhoben wird. Damit nun aber dieser Wirtschaftsrat wirklich eine leitende Behörde und nicht nur ein Rat feilschender Interessenvertreter werde, müssen dessen Mitglieder durch die Landesbehörde als Vertreterin des ganzen Volkes aus den Vertrauensleuten der einzelnen Gruppen gewählt werden. So wird verhindert, daß statt wirklicher Vertreter des Gesamtinteresses einseitig orientierte Scharfmacher in den Rat abgeordnet würden. Spezialfragen, wie Probleme der Industrieplanung zwischen mehreren Industriezweigen und andere, sollen auch auf dieser Stufe nach Möglichkeit durch die direkt Beteiligten gelöst werden.

Dieses Programm bringt keine umstürzenden Neuerungen, noch eine Detailregelung. Es weist lediglich einen Weg, der vor einem halben Jahre durch die Einberufung der ersten schweizerischen Wirtschaftskonferenz zaghaft, aber mit Erfolg beschritten wurde und nun rasch und mutig verfolgt werden muß, unbekümmert darum, daß die überlieferten Wirtschaftstheorien und Parteidogmen diesen nicht vorsahen. Die Distanz ist unverkennbar. Das vorliegende Programm unterscheidet sich vom alten Manchester-Liberalismus vor allem dadurch, daß die Gemeinschaft und nicht der einzelne Wirtschafter zum Ausgangspunkt der Wirtschaftsbetrachtung erhoben wird; vom Marxismus durch den Versuch, den Neuaufbau aus den vorhandenen Gegebenheiten zu schaffen, ohne Verstaatlichung der Wirtschaft und Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel. Von beiden Lehren endlich durch die Ablehnung der Fiktion der Gleichheit aller Menschen, und vom Faschismus durch den Willen, die korporative Ordnung nicht diktatorisch, sondern auf der alten Tradition des Genossenschaftswesens in unserm Lande demokratisch aufzubauen.

4.

Die oben mitgeteilten Vorschläge der Korporativen sind zum unvorhergesehenen Hauptstück der Solothurner Tagung geworden. Die Aussprache über die Alters- und Hinterbliebenenversicherung, die ebenfalls auf der Traktandenliste stand, kam dabei offenbar zu kurz. Die junge Generation mußte dafür manchen Tadel einstecken. Selbst in der Presse wurde bedauert, „daß die kostbarste Zeit in der Auseinandersetzung mit der po-

litischen Gruppe „Neue Front" verloren gegangen sei" (Neue Glarner Nachrichten, 3. Juli 1931, No. 151). Wer aber die politische Mentalität der Studenten kennt, konnte sich über dieses Ergebnis nicht wundern. Es gibt eine politische Sehnsucht, die heute die verschiedensten Gruppen verbindet: der Wunsch, endlich wieder einmal über unsere Zerrissenheit und Gespaltenheit, über Klassenkampf und Parteipolitik hinauszukommen. Darum mußten die Vorschläge, die diesem Wunsche entsprangen, und das System, welches sich anheischig macht, diese erfüllen zu können, zum Mittelpunkt der Aussprache werden. Darum kam die Versammlung von diesem Thema nicht mehr los, mochte sie dem korporativen System gewogen sein oder nicht. Neben solchen grundsätzlichen Fragenkomplexen, die von jedem für sich und gefühlsmäßig entschieden werden müssen, vermögen Gesetzesvorlagen, die selbst zum politischen Zankapfel geworden sind, wenig Interesse zu wecken. Hatte doch kürzlich an den Zürcher Hochschulen einer Einladung zu einer öffentlichen Versammlung zwecks Besprechung der Alters- und Hinterbliebenenversicherungsvorlage, trotz herausfordernden Anschlägen, gerade ein Dutzend Studenten Folge geleistet, während andere politische Themen zahlreiche Interessenten auf den Plan rufen. Man mag dies bedauern. Die Tatsache muß festgehalten werden, daß die junge akademische Generation oft auf ganz andere Fragen reagiert, als es die Parteien von ihr erwarten.

Als die Anhänger der korporativen Ordnung nach Solothurn kamen und der Versammlung eine politische Nummer des „Zürcher Student", ein Manifest und einen Resolutionsentwurf, der dessen Grundzüge wiederholte, gleichsam als „Festgabe" vorlegten, da erlebten sie den schweizerischen Föderalismus in seiner ganzen Abgründigkeit. Ihre Forderungen, die in Zürich unter dem Drucke besonderer Verhältnisse entstanden waren, und ihnen als selbstverständlich erschienen, waren manchen Kommilitonen aus anderen Universitätsstädten völlig neu und unbegreiflich. Ja, sie empfanden die wohlvorbereitete Aktion ihrer Zürcher Kommilitonen geradezu als Überrumpelung.

Es war die Tatsache, daß der Liberalismus in Zürich seit Jahren Position um Position verloren und vor allem unter der Arbeiterschaft an Werbekraft zusehends Einbuße erlitten hatte, welche die junge nationale Generation zwang, nach neuen Ideen Ausschau zu halten, wenn sie die nationale Volksgemeinschaft, die sie ehrlich sucht, nicht irgend einer Klassenherrschaft preisgeben wollte. In der korporativen Ordnung und den damit verbundenen bekannten Gedankengängen glaubt die „Neue Front" die Ideen gefunden zu haben, die auch jene Kreise wiederum dem nationalen Leben zuführen können, die der Freisinn verlor. Dies bitte ich meine Leser zu bedenken, wenn sie der scharfen Kritik am Liberalismus — nicht an den Menschen, die sich zu seinem Kreis zählen — gerecht werden wollen.

Unter diesen Umständen mußten die Vorschläge der „Neuen Front" zum Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen werden. Die Kritiker, so scheint mir, lassen sich in zwei Gruppen scheiden.

Die eine Gruppe umfaßt die erklärten Gegner des vorliegenden Programms. Sie verwarfen dasselbe, weil sie es mit dem Geist des Liberalismus völlig unvereinbar hielten, worin ihnen vom Standpunkt einer strengen Dogmatik aus sicherlich Recht zu geben ist. Sie lehnten auch die am Liberalismus geübte Kritik als unbegründet ab und erhoben gegenüber dem korporativen System alle Vorwürfe, die sonst gegenüber dem sozialistischen vorgebracht werden, ja sie bezeichneten die Vorschläge der „Neuen Front" schlechtweg als sozialistisches Programm, dies allerdings in völliger Verkennung des Sozialismus und der korporativen Wirtschaftsgestaltung. Sie fürchteten eine „Erstarrung der wirtschaftlichen Interessensgegensätze unter Ausschaltung des vermittelnden ethischen Moments" (Nationalzeitung, No. 292, vom 29. Juni 1931). Man warf ferner ein, daß das vorliegende Programm der internationalen Verflechtung der Wirtschaft zu wenig Rechnung trage, und bei folgerichtiger Weiterentwicklung desselben ein „Weltzentralwirtschaftsrat" geschaffen werden müßte, welcher die ganze Produktion leite. Solches sei aber schon deshalb eine Utopie, weil der Mensch nicht Herr der Naturgewalten, des Naturgeschehens sei (Züricher Post, No. 156, vom 7. Juli 1931). Sogar eine „unverkennbare Annäherung an die Auffassungen, wie sie in Sovietrußland für die Neugestaltung des Staates maßgebend waren", wurde konstatiert. Vor allem aber fürchtete man den Untergang der freien Persönlichkeit im System. „Wir geben zu, daß wir tief in der Krise stecken, und nicht wissen, wie wir herauskommen sollen. Den Weg aber, den uns die „Neue Front" weisen will, lehnen wir ab."

Gerne hätten die Korporativen der „Neuen Front" positive Vorschläge von ihren Kritikern vernommen, wie denn die erhoffte Volksgemeinschaft nach ihrer Meinung geschaffen werden möchte. Leider sind solche ausgeblieben. Was der offizielle Referent, Dr. W. Stampfli, Direktor der von Roll'schen Eisenwerke in Gerlafingen, vortrug, war sehr interessant und sachlich gerechtfertigt; aber seine Ausführungen galten einem ganz anderen Problem. Er sprach zu der sicherlich lebenswichtigen Frage der Prosperität unserer Industrie, während sich das Manifest der Korporativen um die nationale Einheit unseres durch die Wirtschaft zerrissenen Volkes bemühte. Diese letzte Frage ist aber im politischen Denken der jungen Generation die brennendste, und auf diese sind die liberalen Kritiker den Korporativen die Antwort schuldig geblieben.

Den erklärten Gegnern der korporativen Ordnung stand eine Gruppe wohlwollend prüfender Kritiker gegenüber, die vor allem durch den Führer des lebendigen Solothurner Freisinns, Ständerat Dr. Schöpfer, und Dr. Urs Dietschi, den Vertreter der solothurnischen liberalen Jugend, repräsentiert wurde. Die Sprecher dieser Gruppe anerkannten die gefühlsmäßige Einstellung der „Neuen Front" und bemühten sich, ihrem Manifest gerecht zu werden, das sie „als Meilenstein auf dem Wege zu neuen Entscheidungen" begrüßten. Sie sahen darin „Vorschläge, die wohl Zukunft hätten und der Prüfung wert wären, von denen aber heute noch nicht gesagt werden könne,

ob sie die Zukunft schlechthin bedeuten". Hier sprach der Mensch zum Menschen, unbekümmert um das System, das ein jeder verfocht. Von da scheint mir die fruchtbarste Wirkung der Solothurner Tagung auszugehen. Im „Manifest der Korporativen" hatten seine Verfasser das Resultat langer, durch Monate sich hinziehender Besprechungen niedergelegt. Von der Solothurner Tagung konnte daher kaum mehr verlangt werden, als daß das Problem der korporativen Ordnung einmal in seinem ganzen Umfange aufgerollt und die Diskussion darüber eröffnet würde. Das war ihr wertvolles Ergebnis, wenn auch die Diskussion selbst und viele der daran anschließenden Presseberichte einen zwiespältig-verwirrenden statt klärenden Eindruck hinterlassen haben.

Obschon es die vornehmste Aufgabe der Akademikertagungen ist, neues Gedankengut in die öffentliche Diskussion hineinzutragen, und ihren Entscheidungen keine verbindliche Kraft zukommt, bestanden Anhänger wie Gegner der korporativen Ordnung auf einer Abstimmung über das vorliegende Programm. Die junge Generation will klare Situationen. Die Zahl der Stimmenden, die sich zur einen oder anderen These bekennen würden, sollte Auskunft darüber geben, wie weit der Streit der Meinungen gediehen war. Die Abstimmung wurde mit offenem Handmehr vorgenommen und die Standpunkte scharf pointiert. Zwei Resolutionen standen sich gegenüber. Die eine enthielt eine knappe Zusammenfassung des „Manifests der Korporativen", die andere ein Bekenntnis zum neuen Oltener Parteiprogramm des Freisinns. Liberalismus oder korporativer Staat, so lautete die Losung. 57 Stimmen bekannten sich zur liberalen These, 31, etwas mehr als ein Drittel, zur These der „Neuen Front", „zu viele, als daß man sie einfach als Eigenbrötler und Andersdenker abtun dürfte" (Neue Zürcher Zeitung, No. 1261, vom 1. Juli 1931).

Im Streite der Meinungen formulierte Dr. Urs Dietschi einen Satz, der viel Beachtung fand und die gegenwärtige Situation trefflich beleuchtet. „Die Neue Front," so sagte er, „stellt die Gemeinschaft über die Freiheit, wir, die Liberale Jugend, fordern Gemeinschaft und Freiheit." Diese Unterscheidung charakterisiert aber nur den Weg, nicht das letzte Ziel der beiden Bewegungen. Die Bindungen des korporativen Systems sollen ja gerade dazu dienen, den Menschen vom Drucke einer entfesselten Wirtschaft zu befreien und ihm mehr Raum für seine kulturelle Bestimmung zu schaffen. Wenn anderseits auch die „Liberale Jugend" in ihren Leitsätzen gewisse Bindungen der Wirtschaft fordert, so tut sie das um des gleichen Zieles willen. Doch nur über die Antithese gelangen wir zur Synthese. Der Mißbrauch mit dem Worte „Freiheit" wuchert wie Unkraut in unserem Lande. Ihm zu begegnen, müssen wir der Gemeinschaft den Vorrang vor der persönlichen Freiheit zuerkennen. Nur wenn wir uns zu diesem Standpunkte durchringen, kann die Volksgemeinschaft Wirklichkeit werden. Jede Bewegung braucht eindeutige Parolen als ideelle Richtpunkte. Nie sind indessen diese in vollem Umfang verwirklicht worden. Individuelle Freiheit

und individuelles Gewinnstreben werden unter dem Zeichen der Gemeinschaft ebensowenig ausgemerzt werden, als die natürlichen Bindungen des Individuums an die Gemeinschaft unter der Parole Freiheit nie völlig aufgelöst wurden. Die menschliche Natur setzt der Entwicklung hier enge Grenzen. Aber gerade um unserer Unzulänglichkeit willen bedürfen wir scharf formulierter Ziele.

„Haben wir an einer Quelle der Erneuerung des nationalen Lebens gestanden?" Es ist das köstlichste Zeugnis für die Solothurner Akademikertagung und die Bemühungen der „Neuen Front" *), daß der Berichterstatter der „Neuen Zürcher Zeitung" (No. 1261 vom 1. Juli 1931) seine Ausführungen mit dieser Frage schließen durfte. Ich glaube, wir dürfen sie herzhaft bejahen, wenn wir den Mut und die Kraft finden, über uns selbst und den Kreis, in den wir geboren wurden, hinauszuschreiten. Die junge Generation, so scheint mir, hat diesen Mut!

*) Anmerkung der Schriftleitung: Wer von unsern Lesern sich für Organisation, Mitgliedschaft u. s. w. der „Neuen Front", der wir auch angehören, interessiert, möge sich an den Verfasser des obigen Artikels, Herrn Dr. jur. Robert Tobler, Zürich, Freudenbergstraße 108, wenden.

Wesen, Ursachen und Gefahr geistiger Modeströmungen.*)

Von **A. Attenhofer**, Chur.

Ich hätte Ihnen über irgend einen Tagesheiligen eine, zwei Stunden predigen oder Sie die gleiche Zeit anderswie recht „auferbaulich" unterhalten können. Kein Zweifel, daß ich dann Ihren vollsten Beifall gefunden hätte; denn ich hätte damit einer geistigen Modeströmung unserer Tage entsprochen. Damit sind wir eigentlich schon mitten drin in unserm Thema und, wieder einer geistigen Modeströmung entsprechend, brauchte ich jetzt nur eine Fülle recht gefühlsbetonter Wörter, wie: Leben, Lebendigkeit, Geist, Kraft, Erneuerung, Erlebnis, Gemeinschaft u. s. w. u. s. w. aneinander zu reihen, um den Erfolg auf billige Weise zu erreichen. Freilich müßte, um dem Zweck zu entsprechen, noch eine Bedingung erfüllt sein. Ich müßte, wie K. O. Erdmann sagt, dem „verworrenen Wortgebrauch" frönen, d. h. die genannten Vokabeln müßten so verwendet sein, daß sie nie einen klaren, scharf umrissenen Sinn hätten. Sie müßten schillern wie Seifenblasen, für jeden Hörer vielleicht in anderer Farbe, aber doch so, daß jeder fände, er *denke* sich etwas dabei. Denn ich habe oben

*) Vortrag, gehalten an der Jahresversammlung der „Libertas" in Aarburg.